

USA ist es höchste Zeit, ihre Sperrminorität von 15 Prozent der Stimmen aufzugeben. Das blockiert jede Veränderung der Bank. Die Quote der Niedrigeinkommensländer sollten auf ihre ursprünglichen 11 Prozent aufgestockt werden. Die Länder südlich der Sahara sollten mindestens zwei zusätzliche Exekutivdirektoren benennen können. Auch müssen sich die Schwellenländer adäquat vertreten fühlen können. In dieser Situation könnte ein System der doppelten

Abstimmung helfen, wie es im europäischen Rat gilt: Zunächst wird nach Einlagenanteil an der Bank, also nach Quote abgestimmt. Anschließend wird noch einmal mit einer Stimme pro Land gestimmt. Dieses Verfahren ist geeignet, der Ungleichverteilung nach der Quotenformel ein Stück demokratische Legitimation entgegenzusetzen.

Die Besetzung des Präsidentenpostens muss einem nach Kompetenz auswählenden Gremium

der Bank übertragen werden. Diese Persönlichkeit braucht große internationale Anerkennung, will sie die Weltbank aus der Krise führen. Die weltweite Zivilgesellschaft organisiert derweil ihren Protest mittels Unterschriftenlisten¹. Außerdem gibt es eine weltweite Abstimmung der Kriterien, die ein künftiger Weltbankpräsident erfüllen sollte.²

1 <http://www.worldbankpresident.org/>,
2 <http://www.bicusa.org/en/Article.3289.aspx>



Peter Lanzet ist Experte des Evangelischen Entwicklungsdienstes für Fragen der Entwicklungsfinanzierung und Entschuldung.

Aktionsplan Zivile Krisenprävention Nur eine Absichtserklärung?

Von Christoph Weller

Vor über sechs Jahren hat die – damalige rot-grüne – Bundesregierung ein „Gesamtkonzept Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschlossen und sich darin für eine verbesserte Prävention von gewaltsam ausgetragenen Konflikten ausgesprochen. Entsprechend sollten Strategien und Instrumente ziviler Krisenprävention in Deutschland weiterentwickelt und ausgebaut werden. Das entscheidende Umsetzungsinstrument der Bundesregierung hierfür ist der „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“.

Vor drei Jahren, am 12. Mai 2004, hat das Bundeskabinett diesen „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ verabschiedet, mit dem das Gesamtkonzept in konkrete, insgesamt 161 Aktionen übersetzt wurde. Mit dem Regierungswechsel im Herbst 2005 stand zunächst in Frage, ob an den Zielen des Aktionsplans festgehalten werden soll. Doch im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD steht nicht nur der Satz „Wir werden den Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung umsetzen“, sondern auch die Ankündigung, die zivile Krisenpräventionspolitik auszubauen. Dies sollte geschehen durch „zusätzliche Mittel“, eine Stärkung des Res-

sortkreises Zivile Krisenprävention und durch verbesserte Frühwarnmechanismen.

Von der Umsetzung dieser Absichtserklärung des Koalitionsvertrages ist bis heute leider nichts zu sehen und auch die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag sind auffallend passiv im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans. Zwar verpflichtet der Aktionsplan die Bundesregierung, alle zwei Jahre dem Bundestag einen Umsetzungsbericht vorzulegen. Dies hat vor einem Jahr stattgefunden und der entsprechende, über 100-seitige Bericht war Gegenstand einer Plenarsitzung des Bundestages. Doch wenn die Terminierung der Debatte und die Anwesenheit von Regierung und Abgeordneten nicht völlig belanglos für den politischen Stellenwert sind, der einem Thema gegeben wird, dann befindet sich die zivile Krisenprävention auf dem Weg von der projektierten Querschnittsaufgabe zum irrelevanten Nischenprojekt deutscher Außenpolitik. Denn bei der entsprechenden Debatte befanden sich im Bundestag ein Parlamentarischer Staatssekretär und weniger als 30 Abgeordnete beim vorletzten Tagesordnungspunkt im letzten Drittel der letzten Sitzung am Freitag vor der Weihnachtspause (15.12.2006): Parlamentarische Zeit für relevante Nischenprojekte.

Was sich hierin andeutet, ist eine fatale Fehlentwicklung, denn es würde nicht nur das große Potenzial für zivile Krisenprävention, das im Zusammenhang des Aktionsplans entwickelt wurde, verschenkt und teilweise auch wieder zunichte machen, sondern auch die Definition der deutschen Krisenpräventionspolitik alleine den Sicherheitspolitikern und dem Verteidigungsministerium überlassen. Krisenpräventionspolitik, das war die zentrale Message des Aktionsplans, ist aber eine Querschnittsaufgabe, die erfolgreich nur in der Kooperation von Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Innen-, Umwelt- und Verteidigungsministerium bewältigt werden kann. Diese Einsicht droht in der Bundesregierung in Vergessenheit zu geraten und der Aktionsplan wartet auch drei Jahre nach seiner Verabschiedung noch immer auf seine ernsthafte Umsetzung.

Schwächen

Eine aktuell erstellte Zwischenbilanz zum dritten Jahrestag der Verabschiedung des Aktionsplans fällt enttäuschend aus. Sie basiert auf einer Analyse der politischen Herausforderungen und strukturellen Hindernisse ziviler Krisenprävention, die mit dem Aktionsplan bearbeitet werden sollten. Zwar sind in den vergangenen Jahren zaghafte Gehversuche zu beobachten, „vorhandene Institutionen und Instrumente der Kri-

senprävention auszubauen oder neu zu schaffen und kohärent einzusetzen, um die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich zu stärken“ (Aktionsplan, S. 1). Aber sowohl der Umsetzungsbericht zum Aktionsplan als auch die Arbeit des Ressortkreises lassen an vielen Stellen einen mangelnden Umsetzungswillen der Bundesregierung beim Aktionsplan erkennen. Zu den fünf zentralen Problemfeldern einer zivilen Krisenpräventionspolitik lassen sich die zentralen Schwächen im Handeln der Bundesregierung so zusammenfassen:

- Bei der Krisenfrüherkennung fehlt bis heute eine strategische Vernetzung der diversen Instrumente unterschiedlicher Ministerien und Nichtregierungsorganisationen;
- Die Entwicklung von Handlungsoptionen für eine früh einsetzende zivile Krisenpräventionspolitik scheitert an der unzureichenden Koordination der beteiligten Ministerien und an ihren spezifischen Eigeninteressen;
- Es fehlen die Anstrengungen der Bundesregierung im Hinblick auf die notwendige politische und öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung für zivile Krisenprävention, weil sich ihre Wirkungen und Erfolge nur sehr schwer sichtbar machen lassen.



Christoph Weller ist Projektleiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg.

- Das Bundesverteidigungsministerium nimmt eine Sonderrolle für sich in Anspruch und scheint nicht bereit zu sein, sich auf eine interministeriell koordinierte Krisenpräventionspolitik unter einem Primat des Zivilen einzulassen.
- Für die Umsetzung des Aktionsplans wurden bis heute keine dafür spezifischen Haushaltsmittel bereitgestellt. Die regelmäßigen Konkurrenzen um Auf-

merksamkeit und Haushaltsmittel entscheidet eine traditionelle, militärisch geprägte Sicherheitspolitik für sich.

Ob die derzeitige Bundesregierung die im Aktionsplan angelegte Zehn-Jahres-Perspektive ernst nimmt und die laufende Legislaturperiode dafür nutzt, die hier und teilweise schon im Umsetzungsbericht genannten strukturellen Maßnahmen zur Stärkung ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung jetzt aufs Gleis zu setzen, bleibt abzuwarten. An Anlässen hierfür mangelt es leider nicht. Doch ob sich am Ende die im Umsetzungsbericht zum Ausdruck gebrachte, sehr positive Beurteilung der Umsetzung des Aktionsplans durch die Bundesregierung als berechtigt erweisen wird, hängt vor allem davon ab, ob sich in nächster Zeit eine Dynamik konzentrierter Krisenpräventionspolitik in Gang setzen lässt, an der möglichst viele Ressorts, internationale Partner und nichtstaatliche Akteure mitwir-

ken wollen. Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Systematische Vernetzung von Frühwaminstrumenten für multiperspektivische Konfliktanalysen;
- Einrichtung inter-institutioneller Krisenpräventionskommissionen für ausgewählte Länder;
- Berufung eines/-r Sonderbeauftragten für zivile Krisenprävention der Bundesregierung;
- Einordnung des BMVg und der Bundeswehr in die Zielsetzungen des Aktionsplans und unter den Primat ziviler Krisenprävention;
- Bereitstellung erheblicher zusätzlicher Haushaltsmittel für die Umsetzung des Aktionsplans und eine kohärente zivile Krisenpräventionspolitik.

Erfolgreiche Krisenprävention ist weder kostenlos noch konfliktfrei zu bekommen. Im Aktionsplan

und im Ersten Umsetzungsbericht sind ein Großteil der Gründe und Argumente aufgeführt, warum es sich lohnt, in zivile Krisenpräventionspolitik zu investieren. Die Große Koalition ist gefordert, den vielen Worten und bedruckten Seiten auch viele Taten folgen zu lassen, um dem Politikfeld „Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ zu seiner Eigendynamik zu verhelfen. Anders lässt sich die Zahl der Opfer von Gewalteskalationen nicht spürbar senken und auch dem Anspruch einer nachhaltigen Friedenspolitik nicht gerecht werden.

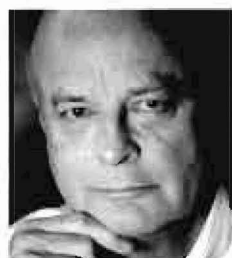
Eine ausführliche Fassung der Zwischenbilanz der Aktionsplan-Umsetzung wurde veröffentlicht als INEF Policy Brief 2/2007, „Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung – Jetzt ist dynamische Umsetzung gefordert. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren“ (http://inef.uni-due.de/page/documents/Policy_Brief02.pdf).

Fusion dü-eins

Eine weitergehende Kooperation wäre sinnvoll

Von Peter J. Hesse

Debatte



Peter J. Hesse ist Gründer der gleichnamigen Stiftung mit dem Zusatz „Solidarität in Partnerschaft für eine Welt in Vielfalt“ (www.solidarity.org). Von 1979-98 war er Geschäftsführender Gesellschafter seines Familienunternehmens, der Künstlerfarbenfabrik H. Schmincke u. Co. Er ist Mitglied im CDU-Bundesfachausschuss Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte.

Als langjähriger Leser (und gelegentlich auch Autor) von **eins** sowie von **E+Z**, **Publik-Forum** und früher auch von der **überblick** begrüße ich die geplante **Fusion** aus Sicht eines gesamtgesellschaftlich, ethisch und konkret wie politisch für „**EINE Welt in Vielfalt**“ engagierten Unternehmers, Stiftungsgründers sowie Marketing- und Management-Trainers – also aus Sicht eines „universell thematisch interessierten, lernend Engagierten (Laien)“, um in etwa in Ihrer „aserto“-Terminologie zu bleiben (vgl. **eins** Entwicklungspolitik 5-2007).

eins – wie auch schon seine Vorläufer-Variante – hat aus meiner Sicht die beste Mischung aus thematischer Spezialisierung und Themenvielfalt. Nur auf **E+Z** wollte ich bisher wegen gelegentlich herausragender vertiefender Berichte (doch) nicht verzichten. Thematisch könnte aber eine neue Zusammenführung von **eins** und der **überblick** mit der deutschen **E+Z**

noch sinnvoller sein für die Darstellung globaler entwicklungspolitische und entwicklungspraktischer Zusammenhänge als nur die derzeit anstehende **Fusion**, die ich dennoch ohne jede Einschränkung als ersten Schritt sehr begrüße.

Ich würde mir sogar eine noch weitere Kooperation mit **Publik-Forum** vorstellen können (auch als früherer Marketing-Trainer), denn ethische Belange lassen sich von globalen Fragen nicht trennen. Darum muss es zwangsläufig zu einigen Überschneidungen zwischen der neu angestrebten „**eins-plus**“ und den **Publik-Forum**-Themen kommen, wenn gleich die konkreten gesellschaftlichen Themen in **Publik-Forum** lange nicht so qualifiziert sind wie entsprechende Beiträge in **eins**. Aber die vorwiegend „konkreten“ wie die vorwiegend „ethischen“ Schriften in „**eins-plus**“ und **Publik-Forum** könnten/sollten miteinander kooperieren. So könnten

sie z.B. auf jeweils einer Seite auf relevante Nachbarthemen im jeweils nächsten anderen Heft hinweisen – um dann in einigen Jahren doch noch zueinander zu finden. Letztlich ist „ganzheitlich“ (oder nach Ken Wilber: „integral“) die erstrebenswerte Sicht. Das könnte sich auch merklich auf die breite Akzeptanz bei einer langsam „global wacher“ werdenden Gesamtbevölkerung – und damit auf die Auflage – auswirken.

Formal finde ich **eins** gut, wie sie nun ist: 2- bzw. 4-spaltig mit den Hervorhebungen an den Rändern der 2-spaltigen Seiten; klares Inhaltsverzeichnis auf einer Doppelseite und auch nicht formal langweilig. Farbliche Hervorhebung (Orange) finde ich zwar gut, aber deutlich zu hell. Kräftigeres Rot wäre lesbarer. Einzige Kritik – wie auch an den anderen Fachzeitschriften: Die Schrift im Fließtext ist zu klein.